

**Summary:** The election of Donald Trump as President of the United States could be seen as another case of the spread of populism in Western democracies. In his comment on, and reply to the analysis of Wolfgang Merkel, Fred Felix Zaumseil argues that a reductionist critique of elites is not a solution to the problems that Western democracies face nowadays. It is a strategy that in fact risks serving the populist agenda. Instead, we should advocate an appropriate understanding of democracy as collective self-government of free and equals.

**Kurz gefasst:** Der Wahlsieg Donald Trumps in der US-Präsidentschaftswahl könnte einen weiteren Fall des sich zunehmend in westlichen Demokratien ausbreitenden Populismus darstellen. Eine stark vereinfachende Elitenkritik ist jedoch keine Lösung für die Probleme, mit denen die Demokratien konfrontiert sind, argumentiert Fred Felix Zaumseil in seiner Replik auf die Analyse von Wolfgang Merkel. Sie läuft vielmehr Gefahr, letztlich dem Populismus selbst in die Hände zu spielen. Wir sollten stattdessen für ein Verständnis von Demokratie als kollektive Selbstbestimmung von Freien und Gleichen eintreten.

# Der Kampf um die liberale Demokratie

## Die Kritik an selbstgefälligen Eliten zielt am Problem vorbei

*Fred Felix Zaumseil*

Die Katerstimmung nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika weicht nur langsam. Nicht nur in den USA wird gefragt: Wie konnte es so weit kommen? Welche Auswirkungen werden die Wahl und die Präsidentschaft Donald Trumps auf das geopolitische System haben? Wird er die Demokratie in Gefahr bringen und anerkannte Rechte durch Gesetzesänderungen zurücknehmen? Vorherrschend ist das Gefühl, ja die Überzeugung, dass sich die politische Welt verändern wird.

In seinem Text über die amerikanischen Wahlen betont Wolfgang Merkel, dass die aktuelle Entwicklung in den USA kein isoliertes, nationales Phänomen darstellt. Er sieht Parallelen zu den rechtspopulistischen Parteien in West- und Osteuropa. Das ist sicher richtig: Wer sich erst heute wachgerüttelt zeigt von der Wahl Donald Trumps, dürfte seit Jahren seine Augen vor den fürchterlichen Entwicklungen in Ungarn und (seit einigen Monaten) auch in Polen verschlossen haben. Merkel ist überzeugt, dass die Frage, warum bestimmte Menschen oder gesellschaftliche Gruppen Trump gewählt haben, Aussagen darüber ermöglicht, mit welcher Art von Problemen wir es auch in unseren Demokratien zu tun haben. Er analysiert: „Es ist das demografisch, wirtschaftlich und kulturell bedrohte Amerika“, das Trump unterstützt habe. Auch wenn im Nachgang der Wahl verschiedentlich Zweifel an dieser Einschätzung laut wurden, so ist Wolfgang Merkel damit doch bei Weitem nicht allein. Ich will die empirische Analyse der Wahl hier nicht weitertreiben. Sicher wären noch weitere Fragen zu diskutieren, etwa: Welche Rolle spielte Gender in der Wahl? Warum entschieden sich trotz direkter Angriffe verhältnismäßig viele Hispanics für Donald Trump? Mir scheint aber, dass die Antworten auf diese Fragen allein uns nicht helfen werden, überzeugende Erklärungen für das Ergebnis der US-Präsidentschaftswahl zu finden. Und sie werden uns auch nicht helfen, die gegenwärtige politische Situation in Europa zu deuten.

Wolfgang Merkels Hinweis auf den Populismus ist ein Ansatz für eine Erklärung. Der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller beschäftigt sich in einem kürzlich erschienenen Essay eingehender mit der Frage: „Was ist Populismus?“ Populisten sind laut Müller „der Tendenz nach antidemokratisch“, obgleich sie eine politische Meinung öffentlich vertreten und dafür eintreten. Müller nennt dafür

zwei Gründe: Populisten sind gegen regierende Eliten (antielitär), und sie erheben den Anspruch, *allein* das Volk zu vertreten und für das Volk zu sprechen, wobei sie eine eigene, einheitliche Idee und Definition des Volkes voraussetzen (antipluralistisch). Eines der treffendsten Beispiele hierfür ist Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orbán, aber auch Donald Trump ließe sich (zumindest derzeit) darunter subsumieren. Zurzeit sind verschiedene westliche liberale Demokratien gefährdet, weil es politische und zumeist populistische Bewegungen gibt, die ihre konstitutionelle Ordnung direkt angreifen. Diese Parteien beziehungsweise Gruppen stellen nicht nur in Frage, dass die Ausübung politischer Herrschaft immer beschränkt ist. Sie weisen auch zurück, dass jede Ausübung politischer Herrschaft der Rechtfertigung gegenüber jedem einzelnen Individuum bedarf, indem es unter anderem demokratische Teilhabe an den kollektiven Entscheidungsprozessen genießt und über die Anerkennung fundamentaler Rechte respektiert wird. Es geht also um viel mehr als um einen simplen Politikwechsel: Es geht um die Grundlagen unserer westlichen, liberalen und demokratischen Gesellschaftsordnung.

Die Ursachen für diese tief greifende Krise sind vielseitig. Sie reichen von fehlender Inklusion und Teilhabe sowie wachsender sozialer Ungleichheit über mangelnde Bildungs- und Chancengleichheit bis zum Gefühl, zurückgelassen zu sein, und zur (zum Teil verständlichen) Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment. Dies sind echte, ernste und komplexe politische Probleme. Wer an diesem Punkt in eine stark vereinfachende Elitenkritik verfällt, verfehlt nicht nur das Problem. Er handelt vielmehr gefährlich, weil er antielitäre, populistische Argumente legitimiert, indem er selbst antielitär (statt kritisch) argumentiert. Zudem ist zu fragen: Wer sind denn diese Vernünftigen, die besser Gestellten überhaupt? Sprechen wir lediglich von einem kleinen Machtzirkel, oder sind es gar jene 48 Prozent der britischen Bevölkerung, die keine Angst vor dem Verlust staatlicher Souveränität hatten und gegen den Brexit stimmten? Was sind überhaupt *die* Interessen der Vernünftigen? Die Rolle der wirtschaftlichen Situation des Einzelnen bleibt vage. Während Merkel an einer Stelle die Eliten, die besser Gestellten und den „Chor der Vernünftigen“ in einem Atemzug nennt, lässt er an anderer Stelle – „It’s not the economy“ – die Möglichkeit offen, dass auch nicht besser Gestellte zu den Vernünftigen gehören könnten oder anders herum die besser Gestellten zu den „moralisch und kulturell Zurückgebliebenen“.

Ähnlich unklar bleibt Wolfgang Merkels Punkt, dass „konservativen Befürchtungen“ mit Belehrungen statt mit guten Argumenten begegnet wurde. Dabei geht es um Themen wie „den ‚Verlust der Heimat‘, der Stadtviertel, der vertrauten Kultur, die Bedeutung von Grenzen oder die Neudefinition der Ehe“. Er nennt keine Beispiele dafür, wann und wo es an guten Argumenten als Antwort auf diese Befürchtungen gefehlt hat. Die Frage ist zudem, was überhaupt ein gutes Argument in diesen Fragen ausmacht und, grundsätzlicher, ob diesen Befürchtungen überhaupt argumentativ begegnet werden kann. Wie löst man emotional hoch aufgeladene Konfliktsituationen argumentativ? Wie ist zum Beispiel zu argumentieren, wenn die Befürchtungen Konservativer hinsichtlich der Neudefinition der Ehe auf Ansprüche von Individuen der Lesbisch-schwul-bisexuell-transgender-queer-Gemeinschaft treffen? Welche Rolle sollten Befürchtungen in diesen Konflikten überhaupt spielen? Sind immer alle Befürchtungen relevant? Selbst wenn es sich um relevante Befürchtungen handelt, wie gewichten wir konfligierende Befürchtungen und moralische Ansprüche?

Mir scheint, das Problem ist nicht das Fehlen guter Argumente. Viel schwerer wiegt, dass den genannten Befürchtungen allzu oft gar nicht entgegengetreten wird, weil sie einem bestimmten Verständnis von dem, was politisch angemessen ist, nicht entsprechen könnten. Das betrifft nicht nur die oben genannten Befürchtungen, sondern zunehmend auch bestimmte, meist konservative, Wertüberzeugungen. Wolfgang Merkel hat Recht, wenn er bemerkt, dass es problematisch ist, wenn Menschen aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen werden, weil sie „unkorrekt“ verstandene Begriffe oder Ideen äußern. Besonders besorgniserregend ist, dass diese Entwicklung seit ein paar Jahren zunehmend auch an englischen und amerikanischen Universitäten anzutreffen ist, wo bestimmten als unkorrekt bezeichneten Überzeugungen der Raum entzogen wer-

den soll. Diese Einschränkung des öffentlichen Diskurses durch das Ausblenden nicht offensichtlich unvernünftiger Überzeugungen ist in einer pluralen Gesellschaft, in der Individuen vernünftige Meinungsverschiedenheiten darüber haben, was gut und gerecht ist, zutiefst problematisch.

Dass aber ein „kosmopolitischer Geist mit überschießender Moralität“ die öffentlichen Diskurse dominiert, wie Wolfgang Merkel es formuliert, scheint mir schon empirisch fragwürdig. Wo soll diese überschießende Moral zu finden sein? Was genau haben wir darunter zu verstehen? Was sind angemessene Standards von Moral und wer definiert sie? Merkels Formulierung lenkt auch davon ab, dass gesellschaftliches Zusammenleben uns notwendigerweise vor moralische Herausforderungen stellt. Menschen, die sich als frei und gleich verstehen und als solche respektieren wollen, müssen sich notwendigerweise fragen, was sie tun sollen, damit sie trotz und gerade mit ihren Unterschieden in gegenseitigem Respekt zusammenleben können. Das sind Fragen, die nicht an Grenzen enden, sondern weit darüber hinausgehen. Dies ist eine zentrale Einsicht des Kosmopolitismus.

Anstatt pauschal die Überheblichkeit von Eliten zu geißeln und den Populisten in die Hände zu spielen, sollten wir für ein richtiges Verständnis von Demokratie eintreten. Demokratie besteht eben nicht darin, dass Regierende und Regierte getrennt voneinander sind und die Regierenden schlicht „behäbig, selbstgefällig und taub“ geworden sind, ja ihren vermeintlichen Aufgaben nicht mehr nachkommen. In der Demokratie sind Individuen immer zugleich Regierende und Regierte. Demokratie erlaubt *und* verlangt, dass Menschen frei sind und für ihre Überzeugungen einstehen, dass sie sich mit anderen über ihre Differenzen austauschen und auf gleiche Weise am kollektiven Entscheidungsprozess teilhaben.

*Die Debatte wird im März–Heft 2017 fortgesetzt mit einer Replik von Wolfgang Merkel.*



Fred Felix Zaumseil ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Center for Global Constitutionalism am WZB und der Forschungsprofessur Global Public Law. Der politische Theoretiker beschäftigt sich vor allem mit den normativen Grundlagen politischer Autorität in liberalen Demokratien. (Foto: Mathias Völzke)

[fred.felix.zaumseil@wzb.eu](mailto:fred.felix.zaumseil@wzb.eu)